



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag
Initiativen, Berichte,
Dokumente

Unglaublich

Gewerkschaftsmitgliedern ist dieser Tage wieder die Zeitschrift „Solidarität“ ins Haus geflattert. Darin entrüstet sich ÖGB-Vorsitzender Rudolf Hundstorfer zu Recht über einen erneuten Anschlag der EU auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Auf Grund einer neuen EU-Richtlinie kann die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 65 Stunden ausgedehnt werden.

Freilich – aus der schönen Wienerstadt kann Brüssel leicht kritisiert werden. Uns interessiert, was der ÖGB gegen derartige Anschläge auf das Arbeitsrecht unternimmt. Zur Beantwortung der Frage richten wir unseren Blick auf den steirischen Landtag: Fast zeitgleich mit dieser EU-Richtlinie wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ein neues Landarbeitsgesetz beschlossen, das eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden pro Woche vorsieht.

Der Aufschrei des ÖGB lässt auf sich warten. Mehr noch! Auch im Landtag sitzen in den Reihen von SPÖ und ÖVP aktive Gewerkschafter. Alle haben den Verschlechterungen zugestimmt. In der „Solidarität“ gegen Angriffe auf das Arbeitsrecht lamentieren ist das eine, die politische Praxis etwas anderes. Erst wenn sich diese ändert, wird sich auch die Lage der Arbeiter und Angestellten zum Besseren wenden.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at



SOZIALE BELASTUNGEN: EINIGKEIT VON SPÖ und ÖVP Pflegermisere – Arbeit

Sparkurs: Pflegeheime machen satte Gewinne, während die Qualität der Pflege nachlässt.

Bei der Altenpflege werden die Probleme immer gravierender. Zunehmende Privatisierung, eine viel zu lasche Kontrolle und die schlechte Bezahlung des Personals sind nur einige der Missstände. KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher wies im Landtag erneut auf diese Problematik hin.

Pflegermisere: Profitgier auf Kosten der Alten und des Personals

In der Steiermark ist die Mehrzahl der Pflegeheime bereits in der Hand profitorientierter Betreiber. Pacher: „Die Kräutergarten-Gruppe des BZÖ-Politikers Harald Fischl

streift allein für ihr Heim in Knittelfeld im Jahr 400.000 Euro an Management-Gebühren ein!“ Dieses Geld kommt großteils von der öffentlichen Hand und den Angehörigen der Pflegeheimbewohner. Die KPÖ tritt dafür ein, dass nur mehr die öffentliche Hand und gemeinnützige Träger Pflegeheime betreiben dürfen.

Immer schlimmer wird auch die Personalknappheit: „In vielen Heimen sind die alten Menschen mit überforderten und schlecht bezahltem Personal konfrontiert! Wir brauchen dringend mehr Personal.“ Der Personalstand wird durch die Personalschlüsselverordnung geregelt.

Kontrollen gefordert

Trotz der Personalmisere darf in der Steiermark der geforderte Mindestpersonalstand

noch um bis zu zehn Prozent unterschritten werden. Pacher sprach auch die viel zu laschen Kontrollen der Heime an. „Mindestens einmal im Quartal sollte jedes Heim unangemeldet kontrolliert werden, auch in der Nacht und am Wochenende.“

Generell, so Pacher, müsste den Menschen so lange wie möglich die Chance gegeben werden, in den eigenen vier Wänden zu leben. Dafür sei ein Ausbau der mobilen Dienste zu leistbaren Preisen ein Gebot der Stunde. Pacher: „Gewinnstreben hat in der Altenpflege nichts verloren!“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at